Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Deutschland erhielt von Athen 360 Millionen Euro
2. Geldpolitik
3. Ukraine
4. TTIP
5. Das Magische Viereck in Deutschland erfüllt – Aufgelesen bei … Lars Feld
6. Geld her!
7. Nachfrageseitige Ursachen der Expansion des Schattenbankensystems
8. Paul Krugman: Walmarts sichtbare Hand
9. The Feds vs. Ferguson
10. Wenn alle leiden
11. NSA-Untersuchungsausschuss: Gravierender Vorfall
12. Skandalöse Verzögerung des Spitzel-Verfahrens
13. ARD-Deutschlandtrend
14. Verlorene Bundestagswahl: Steinbrück bezeichnet Kanzlerkandidatur als Fehler
15. OECD Bildungsbericht: Geprägte Verhaltensmuster begründen unterschiedliche Leistungen von Jungen und Mädchen
16. RTL Group Bilanz 2014: Gewinn und Umsatz stagnieren auf hohem Niveau, Deutschland brummt
17. FAZ-Aderlass geht weiter: Auch FAS-Feuilletonchef Volker Weidermann wechselt zum Spiegel
18. Rezension „Ökonomie des Müßiggangs“ von Thomas Maritsch, 2014
19. DGB-Frauen: Aufruf zum Internationalen Frauentag am 8. März 2015

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Deutschland erhielt von Athen 360 Millionen Euro**
   Der Bund hat nach Angaben des Bundesfinanzministeriums von Griechenland seit 2010 insgesamt 360 Millionen Euro an Zinszahlungen für Hilfskredite eingenommen. Das geht aus einer Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor, die der in Düsseldorf erscheinenden Zeitung „Rheinischen Post“ (Donnerstag)

vorliegt.
„Die KfW hat im Zeitraum 2010 bis 2014 an den Bund Zinseinnahmen von insgesamt rund 360 Millionen Euro ausgekehrt“, zitiert das Blatt aus dem Schreiben. „Für die kommenden Jahre erwartet die Bundesregierung nur noch geringfügige Einnahmen für den Bundeshaushalt in Höhe von rund 20 Millionen Euro jährlich.“ Deutschland trägt dafür im Gegenzug aber auch das Risiko für mehr als 80 Milliarden Euro.
Quelle: FAZ

passend dazu: **Griechenlands Misere und die Lehren der alten deutschen Wirtschaftsdenker**
Mehr als ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung hat Griechenland in der Krise eingebüßt. So misslungen ist die Rettung, dass sich Entwicklungsökonomen inzwischen mit dem Land befassen. Für den Norweger Erik Reinert, einen früheren Industriellen, heute Ökonomieprofessor, wirken auf Griechenland ähnliche Kräfte wie auf abgehängte Länder Asiens und Afrikas. Die EU gehe mit Krisenstaaten um wie Europas Mächte einst mit Kolonien. Oder wie der Internationale Währungsfonds früher mit Entwicklungsländern.
Des Pudels Kern ist für Reinert die Neoklassik, die starken Einfluss auf die EU habe. Demnach sei es unproblematisch, wenn sich Märkte mit unterschiedlich entwickelten Industrien zusammenschlössen. Denn jedes Land könne sich auf die Güter spezialisieren, die es am besten produzieren könne. Dabei glichen sich die jeweiligen Preise für Kapital und Arbeit in den Ländern einander an. Es sei also egal, ob ein Land Autos produziere oder vor allem Oliven anbaue. Reinert hält das für absurd: Schließlich würde man seinen Kindern ja auch nicht raten, Tellerwäscher statt Anwalt zu werden. Damit ist er nicht allein: Patrick Artus, Chefvolkswirt der französischen Investmentbank Natixis, wird nicht müde zu betonen, dass die Deindustrialisierung von Europas Peripherie mit einem Finanzausgleich einhergehen müsse wie etwa in den USA. Sonst sei es ein Verarmungsprogramm. Reinert erinnert daran, dass die EU noch bis in die 90er-Jahre behutsam bei der Integration ihrer nationalen Märkte vorgegangen sei. Sie habe etwa darauf geachtet, dass in Spanien eine Automobilbranche aufgebaut wurde. Doch seit der raschen Osterweiterung und der Euro-Einführung sei das passé….
Quelle: Frederic Spohr auf dem Blog von Norbert Häring

Anmerkung Orlando Pascheit: *Natürlich ist es notwendig auf die Prinzipien nachholender Industrialisierung, wie sie von Ökonomen wie Friedrich List vertreten wurden hinzuweisen. Allein schon um dem herrschenden Narrativ entgegenzutreten, dass die Öffnung der Märkte die entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen*

Aufholprozess von Ländern wie Japan, Südkorea, Taiwan und China gewesen sei. Alle diese Länder haben sehr sorgfältig ihre jungen Industrien geschützt, also protektioniert und eben nicht im Freihandel ihr Heil gesucht. Beispielgebend für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg was das MITI in Japan. Das Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (Ministry of International Trade and Industry) hat ganz wesentlich die Entwicklung japanischer Schlüsselindustrien gesteuert. Es führte lange Listen, was zur Entwicklung dieser Schlüsselindustrien eingeführt werden durfte und was diese Industrien durch Importkonkurrenz bedrohen konnte. Es half bei der Lizenzierung ausländischer Technologien, verschaffte Zugang zu Devisen, regelte Streitigkeiten zwischen den einheimischen Unternehmen und half bei Fusionen. Und das MITI lenkte auch die Marktöffnung, welche für die inzwischen wettbewerbsfähigen Industrien keine Bedrohung mehr darstellten. Aber bis heute hat dieses Ministerium die Aufgabe, neue, japanische Industrien zu fördern. Ähnlich Südkorea, so hatte das Land hatte z.B. einige wenige Sonderwirtschaftszonen zugelassen, in denen das Auslandskapital produzieren konnte, aber diese modernen Unternehmen durften nicht das Land selbst beliefern und so in Konkurrenz zur einheimischen Industrie treten. China koppelt bis heute Auslandsinvestitionen an strikte Bedingungen, wie z.B. die Bindung an einen chinesischen Partner oder die Einsicht in technologisches Know-How.

Heute stellt sich allerdings die Frage, ob nicht eine Grenze nachholender Industrialisierung erreicht wurde. Traditionelle Industrien, in denen viel einfache Arbeit für diejenigen angeboten wird, welche vom Land in die Städte ziehen, wie Textilien und Stahl, sind im Gegensatz zur Frühphase der Industrialisierung keine Wachstumsbranchen mehr. Zudem deckt China heute in diesem Bereich große Teile der Weltproduktion an und lässt kaum mehr Nischen für andere Schwellenländern zu, wie z.B. die intensive, brasilianische Diskussion über den Import von chinesischen Fertigwaren zeigt. Die zunehmende Automatisierung von Produktionsabläufen, der Einsatz von Robotern wird für China selbst zum Problem, da Millionen von Wanderarbeitern freigesetzt werden. Einen kleinen Ausschnitt aus diesem den ganzen Globus betreffenden Prozess bietet z.B. der Sportartikelhersteller Nike. Dieser hat im Jahr 2013 mit der Automatisierung von Arbeitsprozessen in der gesamten Zulieferkette 106'000 Stellen eingespart. Für die europäische Peripherie kommt der Hinweis auf eine an den Möglichkeiten der Länder ausgerichtete Industriepolitik zu spät, denn der Europäische Binnenmarkt war und ist das Globalisierungsprojekt der großen Industrie Kerneuropas, das in der Hauptsache auf Expansion setzt. Dieser Globalisierungsschritt setzt die europäische Peripherie nicht nur der Konkurrenz des europäischen Kapitals aus, sondern der Konkurrenz des Weltmarktes. Da ist kein Raum mehr für den Aufbau

eigener industrieller Kompetenzen. Und die Dienstleistungen, die an die Stelle der Industrie treten könnten? Das ist ein eigenes trauriges Kapitel.

2. **Geldpolitik**
   a. **Auf dem Tiefpunkt: Die deutsche Geldpolitikdebatte**
   Es war zu erwarten, dass der Beschluss der EZB, Staatsanleihen zu kaufen, in Deutschland auf ein überwiegend kritisches Echo stoßen würde. Berichterstattung und Kommentierung übertrafen aber dann doch alles, was man sich vorstellen konnte, wie dieser Beitrag zeigt. Eine rationale Debatte über Geldpolitik scheint in Deutschland kaum noch möglich.
   Mit dem EZB-Beschluss, Staatsanleihen zu kaufen, ist die öffentliche Diskussion über Geldpolitik in Deutschland auf einem Tiefpunkt angekommen. Jenseits aller Fakten werden Thesen in die Welt gesetzt, die den geldpolitischen Laien zum Gruseln bringen sollen. Den Höhepunkt stellt dabei wohl die Äußerung dar, dass EZB-Präsident Draghi schlicht "des Teufels" ist. (…)
   Deutschland ist vom Thema Geldpolitik und EZB derzeit geradezu besessen – dieser Einschätzung der FAZ ist voll zuzustimmen. Gerade deshalb ist es Aufgabe von Ökonomen und Journalisten Geldpolitik unaufgeregt zu erklären, ihre Ziele, Instrumente und Wirkungen. Dies scheint in Deutschland nur noch schwer möglich zu sein, weil Geldpolitik nicht mehr über das Ziel, Preisstabilität, sondern dadurch definiert wird, dass bestimmte Instrumente nicht zum Einsatz kommen dürfen. Preisstabilität, so kann man diese Position beschreiben, ist nicht das vorrangige Ziel der EZB, sondern dem Nichtkauf von Staatsanleihen untergeordnet. Dies ist eine Position, die man vertreten und mit der man sich auseinandersetzen kann. Allerdings: es ist weder die internationale Mehrheitsposition in der geldpolitischen Debatte, noch steht sie so im Maastrichter Vertrag, also der "Übertragung des deutschen Modells auf Europa".
   Quelle: Ökonomenstimme
   b. **Jetzt steigen nur Vermögenspreise**
   Es geht wieder los! Die EZB will bis Ende September 2016 in großem Stil Anleihen auf den Finanzmärkten kaufen, um insgesamt eine Billion Euro in das europäische Finanzsystem zu pumpen. Sie fährt also wieder ganz große geldpolitische Geschütze auf. Eine ähnliche Maßnahme hatte EZB-Präsident Draghi einmal als „Dicke Bertha" bezeichnet.
   Der Zweck der EZB-Aktion: Banken sollen ihre Anleihen an die Zentralbank verkaufen und mit dem frischen Geld Kredite an Unternehmen vergeben. Das soll die Konjunktur beleben und damit auch wieder Preiserhöhungen ermöglichen. Denn die EZB erreicht ihr eigentlich angestrebtes Inflationsziel von knapp zwei

Prozent schon lange nicht mehr. Die Inflationsrate in der Eurozone ist gefährlich niedrig. Im Februar war sie mit – 0,3 % zum dritten Mal in Folge sogar negativ. Die Gefahr einer „Deflationsspirale“ aus sinkender Wirtschaftsleistung und sinkenden Preisen wächst.
Quelle: DGB klartext [PDF]

c. **Draghis Geldschwemme hilft Schäuble**
Jeden Monat sollen künftig Staatsanleihen und andere Wertpapiere im Volumen von 60 Milliarden Euro gekauft werden – mindestens bis September 2016.
Die Staatsanleihekäufe sind die nächste und womöglich letzte Eskalationsstufe der Geldpolitik im Kampf gegen die drohende Deflation – also die Verbilligung der Verbraucherpreise. Die anderen Stufen hatten Draghi und seine Kollegen bereits in den vergangenen Jahren und Monaten gezündet.

- Ultraniedriger Leitzins: Seit September 2014 können sich Banken der Eurozone bei der EZB zum Satz von 0,05 Prozent kurzfristig Geld leihen – so billig wie noch nie.
- Kauf von Kreditpaketen: Seit vergangenem Herbst kauft die EZB bereits verbriefte Unternehmenskredite und Pfandbriefe auf.
- Minuszinsen: Bereits seit Juni 2014 verlangt die EZB Strafzinsen von Banken, die Geld bei ihr parken.

Die Wirkung dieser Maßnahmen ist umstritten….
Doch auch Deutschland profitiert ungemein von der Politik der EZB. Schon zu Hochzeiten der Eurokrise waren Bundesanleihen bei Anlegern gefragt, weil sie als Hort der Stabilität galten. Seit die Investoren ein großangelegtes Ankaufprogramm für Staatsanleihen erwarten, hat sich der Run auf deutsche Papiere noch einmal verstärkt. Wenn sich der Bund für zehn Jahre Geld leiht, muss er seinen Gläubigern mittlerweile nicht einmal mehr 0,4 Prozent Zinsen pro Jahr zahlen (siehe Grafik). Bei Anleihen mit einer fünfjährigen Laufzeit ist die Rendite inzwischen sogar negativ. Das heißt im Klartext: Die Investoren zahlen dem deutschen Staat Zinsen, damit sie ihm Geld leihen dürfen.
Die Ersparnis durch die niedrigen Zinsen auf Staatsschulden ist übrigens auch das zentrale Geheimnis hinter der schwarzen Null, mit der sich die Bundesregierung und Finanzminister Wolfgang Schäuble gerne brüsten…
Quelle: Spiegel Online

3. **Ukraine**

a. **Moskau: Erste US-Soldaten in der Westukraine**
Nato-Schiffe im Schwarzen Meer und US-Soldaten in Reichweite des Kriegsgebiets Donbass – Russland sieht sich im Ukraine-Konflikt vom Westen zunehmend provoziert. Zwar ist unklar, ob im Westen der Ukraine tatsächlich schon die bestellten ersten von 300 US-Militärausbildern angekommen sind. Kiew dementiert halbherzig, Washington gibt sich schmallippig. Doch Moskau ist überzeugt von der Truppenpräsenz, schlägt Alarm.
Die militärischen Drohgebärden des Westens und die in den USA diskutierten Waffenlieferungen für die Ukraine seien eine Gefahr für den Friedensprozess, warnt Russland…
Russland fühlt sich längst auch durch die verstärkte Aktivität der Nato im Baltikum unter Druck. Wohl auch deshalb beginnen nun neue Militärmanöver in mehreren Teilen des Riesenreiches…
Das Pentagon gibt sich mit Blick auf die angeblich bis zu 300 in der Westukraine erwarteten Soldaten zunächst bedeckt. Vor zwei Wochen war die Ausbildungsmission für ukrainische Kampftruppen vorübergehend gestoppt worden, hatte der Kommandeur der US-Truppen in Europa, Generalleutnant Ben Hodges, eben noch in Berlin erklärt…
Der Kremlchef weist zum Beispiel immer wieder Vorwürfe zurück, reguläre russische Soldaten kämpften an der Seite der Separatisten im Kriegsgebiet Donbass. Moskau legt Wert auf den Unterschied, dass zwar Russen dort freiwillig im Einsatz sein könnten, aber es keinen Marschbefehl gebe…
Quelle: Tagesspiegel

b. **Ukrainisches Parlament Armee wird auf 250.000 Mann vergrößert**
Das ukrainische Parlament hat einer Erhöhung der Truppenstärke auf bis zu 250.000 Soldaten zugestimmt. Das entspricht einer Vergrößerung von mehr als einem Drittel. Derweil hat Russland eine Militärübung begonnen.
Mit Blick auf den Ukraine-Konflikt hat das russische Militär derweil groß angelegte Manöver begonnen. Im Südlichen Wehrbezirk hätten mehr als 2000 Soldaten der Luftabwehrkräfte Feldübungen gestartet, teilte das Verteidigungsministerium am Donnerstag in Moskau mit. Dabei werde vor allem der Einsatz von Boden-Luft-Raketen geübt. Das Manöver solle bis zum 10. April dauern. Im Gebiet Tscheljabinsk am Ural trainierten zudem mehr als 1000 Soldaten einer Aufklärungseinheit Einsätze hinter feindlichen Linien, wie die Agentur Interfax meldete. Gut ein Dutzend Kampfflieger übte außerdem im Gebiet Saratow im Süden Russlands gezielte Bombenangriffe.
Russland hat außerdem nach eigenen Angaben Informationen über die Ankunft der ersten amerikanischen Soldaten im Westen der krisengeschüttelten

Ukraine…
Das Verteidigungsministerium in Kiew hat die Angaben zurückgewiesen…
Über die Anwesenheit ausländischer Soldaten auf ukrainischem Boden müsse das Parlament in Kiew entscheiden, sagte er der Agentur Interfax zufolge. Allerdings hatte zuvor der Sicherheitsrat in Kiew die Truppenpräsenz genehmigt.
Großbritannien hatte am 25. Februar die Entsendung von Militärausbildern in die Ukraine angekündigt.…
Die Amerikaner sollen ukrainische Soldaten beim Umgang mit Waffen schulen. Amerikanische Medien hatten zuletzt von Plänen für eine Ausbildungszeit vom 5. März bis 31. Oktober in der Westukraine berichtet.…
Der amerikanische Informationsdienst „Defense News“ berichtete von einer geplanten Stationierung der Truppen auf dem Übungsgelände Jaworiw bei Lemberg an der polnischen Grenze…
Der russische Außenamtssprecher berichtete zudem vom Einlaufen mehrerer Nato-Kriegsschiffe im Schwarzen Meer…
Quelle: FAZ

4. **TTIP**
   a. **Politik gegen den Bürger**
   Wenn „wir“ keine Spielregeln für die Globalisierung setzen, tun es andere, lautet ein beliebtes Argument der Befürworter des geplanten Freihandelsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union (TTIP). Sie argumentieren, mit dem Abkommen ließen sich „Nachhaltigkeit“ und hohe Standards in der globalisierten Wirtschaft garantieren. Und in der Tat: In Anbetracht der kombinierten Wirtschaftsmacht der EU und der USA würde ein gemeinsamer Freihandelsvertrag globale Standards setzen.
   Der Haken ist nur: Aus Sicht der Verbraucher ist TTIP völlig ungeeignet, um hohe Normen zum Schutz von Mensch und Natur zu garantieren. Das Freihandelsabkommen sieht vielmehr umfassende Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen vor: Mit Ausnahme weniger sensibler Wirtschaftsbereiche sollen Märkte umfassend dereguliert und für Konzerne geöffnet werden. Wird TTIP in seiner geplanten Form umgesetzt, würde das Primat der Wettbewerbslogik sich auch in Bereichen durchsetzen, die wichtige öffentliche Güter regulieren. Dies betrifft nicht zuletzt den Umwelt- und Verbraucherschutz. Das allseits angeführte Chlorhühnchen ist dabei noch das geringste Problem.
   Quelle: Maja Volland in Blätter für deutsche und internationale Politik

   Anmerkung WL: *Siehe dazu allerdings Sigmar Gabriel, der in der Bild-Zeitung*

belegt, dass er wild entschlossen ist, das Abkommen mit den USA abzuschließen, offenbar entgegen aller „roten Linien", die ein SPD-Parteikonvent gezogen hat. Siehe sein Beitrag „5 Gründe, warum TTIP gut für uns ist".

b. **TTIP – eine Gefährdung der Souveränität**
Zwar dürfte TTIP als völkerrechtlicher Vertrag vor dem Bundesverfassungsgericht wohl kaum justiziabel sein. Ein entsprechendes Zustimmungsgesetz des Bundestags dagegen schon. Dass die Karlsruher Richter die privaten Schiedsgerichte als verfassungswidrig einstufen, ist kein unrealistisches Szenario. Dann müsste TTIP in diesem Punkt nachverhandelt werden.
Was zum geplanten Investorenschutzkapitel an dürftigen Informationen durchgesickert ist, verheißt nichts Gutes. Privaten Investoren soll das Recht eingeräumt werden, Nationalstaaten unter bestimmten Voraussetzungen vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen…
Dass es private Schiedsgerichte seit langem gibt, heißt aber noch lange nicht, dass es sie zu Recht gibt. Sein und Sollen können auseinanderfallen. Führt man sich die Tragweite des im TTIP geplanten Investitionsschutzes vor Augen, so stellt sich erst recht die Legitimitätsfrage. Solange sich nur Privatunternehmen gegenseitig vor privaten Schiedsgerichten verklagen können, berührt dies die Demokratie nicht. Problematisch für die Demokratie wird die Sache, wenn auf Beklagtenseite ein Staat steht…
Gesetze zugunsten des Gemeinwohls und zulasten von Investoren können in Zukunft verdammt teuer für den Steuerzahler werden. Und gegen das entsprechende Urteil kann Deutschland keinerlei Rechtsmittel einlegen. Über jedem Bundestag, der in Zukunft über eine Gesetzesänderung zum Schutz des Gemeinwohls verhandelt, das die Gewinnerwartung von Investoren zu schmälern geeignet ist, schwebt das Damoklesschwert einer drohenden Milliardenklage. In den USA nennt man diesen Effekt „regulatory freeze" – aus Angst davor, dass bestimmte Gesetze teuer werden können, entscheidet sich das Parlament dazu, sie gar nicht erst zu verabschieden.
Quelle: FR

5. **Das Magische Viereck in Deutschland erfüllt – Aufgelesen bei … Lars Feld**
Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten sich als politisch interessierter Erwachsener mittleren Alters 1967 einfrieren lassen und seien vor Kurzem erfolgreich wiederaufgetaut worden, so dass Sie gesund und munter Ihr Leben wiederaufnehmen könnten. Sie würden über die deutsche Wiedervereinigung und den Euro staunen und über viele technische Neuerungen, fast wie Catweazle, ein alter Hexenmeister, der in

der gleichnamigen britischen Fernsehserie aus dem Jahr 1066 in die 1970er Jahre katapultiert wird. Aber dann würden Sie erfreut feststellen, dass es noch Zeitungen in deutscher Sprache gibt, die Badische Zeitung aufschlagen oder die Grafschafter Nachrichten, und dort lesen, "dass das magische Viereck in der Bundesrepublik derzeit annähernd Realität" ist nach Meinung des Mitglieds des Sachverständigenrats Lars Feld.
Das "magische Viereck" hat mit dem Hexenmeister Catweazle nichts zu tun, sondern mit Wirtschaftspolitik. Es war 1967 ein gängiger Begriff. Nach der Lektüre des oben zitierten Satzes aus der Zeitung würden Sie davon ausgehen, dass in Sachen Wirtschaft in Deutschland alles ziemlich in Ordnung sein muss. Sie kennen zwar den Freiburger Professor für Wirtschaftspolitik, Leiter des Walter Eucken Instituts und Wirtschaftsweisen Lars Feld nicht. Aber an das "magische Viereck", das im 1967 beschlossenen "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" beschrieben ist, können Sie sich noch erinnern und an den Sachverständigenrat, der 1963 gegründet wurde. Zu dessen Aufgaben zählt die "Untersuchung, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum gewährleistet sein können". (Das sind sozusagen die vier Ecken.) Wenn also ein amtierendes Mitglied des Sachverständigenrates diese vier Bedingungen als "nahezu erfüllt" ansieht, ist die deutsche Wirtschaft wohl im Lot.
Quelle: Friederike Spiecker auf flassbeck-economics

6. **Geld her!**
Seit etwa zwei Jahren etwa ist Tauschen und Teilen ein Lieblingsthema der Medien – auch von mir. Mir gefällt die Idee, dass alle tauschen und teilen und am Ende jeder gewinnt. Nur: Das will eigentlich niemand. Das Zauberwort Sharing funktioniert offenbar nur, wenn es um Dinge geht, die man loswerden will: wie beim Foodsharing die angebrochene Packung Tortilla-Fladen oder die halbe Schachtel Eier, die während des Urlaubs vergammeln würde. Eigentlich ist das aber ja eine Form von Spende, wie bei einer Kleiderspende oder einem Bücherbasar. Sobald es eine Gegenleistung gibt, wie bei „Food Swaps", Abenden, an denen Selbstgekochtes oder -gebackenes wie Marmeladen und Kekse getauscht werden, beginnen wir scheinbar zu rechnen: Ist eine Tüte Kekse wirklich ein Glas meiner Marmelade wert?
Sharing funktioniert nur gegen Profit. Das wollte ich lange nicht wahrhaben. Und am besten funktioniert es, wenn es um Geld geht, wie zum Beispiel bei Uber. Der Wert des Unternehmens wurde im Sommer 2014 auf rund 18,2 Milliarden US-Dollar geschätzt. „Die Sharing Economy hat sich als Miet-Economy herausgestellt. Niemand teilt irgendetwas. Die Leute verdienen schlicht und einfach Geld", schrieb der Blogger und

Risikokapitalgeber Fred Wilson in seinem Jahresrückblick. Tauschen und Teilen gegen Geld funktioniert hervorragend. Nur hat es mit Tauschen und Teilen nicht mehr viel zu tun. Menschen „teilen“ ihre Wohnung nicht über Airbnb, weil sie so nett sind, sondern weil sie dafür Geld bekommen, teilweise mehr als eine Nacht im Hotelzimmer kostet. „Das ist eine Fake Economy“, sagte Jaron Lanier bei Panorama. „Rechte, die über Generationen erkämpft wurden, werden durch Fake-Rechte ersetzt, und die nützen nur ein paar Milliardären.“ Das klingt nach Spielverderbertum und „Sharing“ gleichzeitig so nett. Und ich bin selbst darauf reingefallen.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

7. **Nachfrageseitige Ursachen der Expansion des Schattenbankensystems**
   Die spezifische Konstellation am U.S.-Finanzmarkt ab Anfang der 2000er Jahre (Überschussnachfrage) erklärt zu einem erheblichen Teil die rasante Expansion des Schattenbankensystems in den 2000ern. Das Ertragsmotiv bei längerfristigen Veranlagungen einerseits bzw. das Sicherheitsmotiv bei kurzfristigen, liquiden Investments andererseits agierten hierbei als treibende Momente der Entwicklung. Die sich verschärfende globale Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen trug hierzu ihren Teil bei. Zwar hat die große Finanzkrise 2007 bis 2009 zu einem Einbruch des globalen Schattenbankensystems geführt, war dieses doch im Epizentrum der Krise zu verorten. Doch seit der Überwindung der Finanzkrise ist das globale Schattenbankensystem wieder rasant am Wachsen. Laut dem Finanzstabilitätsrat sind deren gesamten Vermögenswerte bis 2013 bereits auf 75 Bio. USD angewachsen. Zahlreiche Stimmen betonen, dass ein weiteres Wachstums aufgrund neuer strikter Regulierungen im traditionellen Bankensystem zu erwarten ist. Aber nicht nur das Motiv der Regulierungsarbitrage, sondern auch die weiterhin bestehenden globalen finanziellen Ungleichgewichte und sich tendenziell verschärfenden globalen Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen dürften nachfrageseitig zur weiteren Expansion des globalen Schattenbankensystems beitragen.
   Quelle: Karl Beyer im Blog arbeit&wirtschaft
8. **Paul Krugman: Walmarts sichtbare Hand**
   Vor ein paar Tagen verkündete Amerikas größter Arbeitgeber Walmart, man werde die Löhne für eine halbe Million Beschäftigte anheben. Für viele von ihnen wird der Lohnzuwachs minimal sein, aber diese Ankündigung ist trotzdem eine große Sache, und zwar aus zweierlei Gründen. Zunächst einmal wird sie positive Nebenwirkungen haben: Walmart ist so groß, dass sein Vorgehen wahrscheinlich zu Lohnanstiegen für Millionen Beschäftigte bei anderen Unternehmen führen wird. Das Andere und wohl Wichtigere aber ist, was dieser Schritt Walmarts bedeutet – dass nämlich niedrige Löhne politisch gewollt sind, und dass man andere Entscheidungen treffen kann und sollte.

Ein wenig Hintergrundinformation: Konservative – zugegebenermaßen mit Unterstützung vieler Ökonomen – behaupten normalerweise, der Arbeitsmarkt funktioniere genauso wie der Markt für alles Andere. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimme die Höhe der Löhne, so sagen sie, und die unsichtbare Hand des Marktes werde jeden bestrafen, der sich über dieses Gesetz hinwegsetzen will.
Quelle: The New York Times

9. **The Feds vs. Ferguson**
   On Wednesday, the Department of Justice released the utterly devastating results of its investigation of the Ferguson Police Department.
   The report contained charges that the Police Department and the municipal courts treated citizens less like constituents and more like a revenue stream, violating citizens' constitutional rights in the process.
   And it found that this burden was disproportionately borne by the black people in a town that is two-thirds black. This disproportionate weight is exacerbated when people are poor.
   Quelle: New York Times
10. **Wenn alle leiden**
    - Psychisch erkrankte Menschen leiden nicht nur körperlich, sondern haben auch wirtschaftliche Nachteile, zeigt eine Studie der OECD.
    - Jeder Zweite hat einmal im Leben für eine gewisse Zeit psychische Probleme.
    - Die Regierungen tun nicht genug, obwohl der volkswirtschaftliche Schaden immens ist.

    Quelle: Elisabeth Dostert in der SZ

    Dazu: **OECD – Psychische Krankheiten: Schnelle und breitgefächerte Maßnahmen minimieren Folgen für Betroffene und Gesellschaft**
    Um Menschen mit psychischen Problemen in einen Job zu vermitteln oder im Beruf zu halten, ist es wichtig, dass Krankenkassen und Arbeitsämter früher als bisher reagieren, relevante Akteure wie Lehrer, Ärzte oder Arbeitgeber einbeziehen und insgesamt stärker Hand in Hand arbeiten. Zu diesem Schluss kommt der aktuelle OECD-Bericht "Fit Mind, Fit Job: From Evidence to Practice in Mental Health and Work". Auf Basis von neun Länderanalysen erläutert er, welche politischen Weichen gestellt werden müssen, damit die Kosten psychischer Krankheiten für Individuen, Arbeitgeber und die Gesellschaft möglichst gering gehalten werden.
    Zwar ist das Thema im öffentlichen Diskurs heute verbreiteter als noch vor einigen

Jahren, dennoch kämpfen Betroffene mit einem erheblichen Stigma. Die privaten Folgen psychischer Erkrankungen sind aber nicht nur wegen sozialer Ausgrenzung gravierend: Menschen mit leichten bis mittelstarken Störungen – etwa Angstzuständen oder Depressionen – verlieren doppelt so häufig ihren Job wie Gesunde. Bis zu 50 Prozent aller neuen Anträge auf Arbeitsunfähigkeit gehen inzwischen auf psychische Probleme zurück. Das belastet nicht nur die Patienten, deren Armutsrisiko dadurch steigt, es ist auch ein Problem für die Wirtschaft. Schätzungen zufolge kosten psychische Erkrankungen Europa jährlich etwa 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.
Einer der wichtigsten Faktoren im Kampf gegen psychische Krankheiten ist die Zeit: Je früher mit der Behandlung begonnen wird, desto besser. In der Praxis allerdings können in den untersuchten Ländern zwischen den ersten Anzeichen für mentale Störungen und Therapiebeginn zehn Jahre vergehen. Das ist beunruhigend, denn es trifft nach Aussage des Berichts vor allem junge Leute. Jede Maßnahme, die Schule oder Arbeitgeber einleiten, ist erfolgversprechender als zu warten, bis die Betroffenen die Schule abbrechen oder aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Zwar kann Stress in Beruf und Ausbildung psychische Probleme verstärken. Bleiben die Patienten jedoch in Arbeit oder Schule, so kann das mit der nötigen Unterstützung auch einen positiven Einfluss auf den Verlauf der Krankheit haben.
Quelle 1: OECD
Quelle 2: Fit Mind, Fit Job: From Evidence to Practice in Mental Health and Work

Anmerkung WL: *Zwar geht des der Wirtschaftsorganisation OECD vor allem um die Reduzierung wirtschaftlicher Schäden, doch der Kampf gegen psychische Erkrankungen hilft auch jedem Einzelnen.*

11. **NSA-Untersuchungsausschuss: Gravierender Vorfall**
Kritik am Bundesnachrichtendienst (BND) hat am Donnerstag der zur Durchleuchtung des NSA-Spähskandals eingesetzte Untersuchungsausschuss geübt, weil die Behörde dem Gremium über 130 Dokumente zur Kooperation des BND mit US-Geheimdiensten vorenthalten hat. Nach einer unter Abänderung der Tagesordnung kurzfristig anberaumten Diskussion mit BND-Präsident Gerhard Schindler hinter verschlossenen Türen über dieses am Vortag publik gewordene Problem monierte SPD-Obmann Christian Flisek einen „äußerst gravierenden Vorfall“. Konstantin von Notz (Grüne) sah in der Zurückhaltung der Dokumente ein „Zeichen für den mangelnden Aufklärungswillen“ des BND, „das untergräbt das Vertrauen“. Martina Renner (Linke) sprach von einem „sogenannten Aktenversehen“, sollte es nicht bei diesem einen Fall bleiben, müsse der Ausschuss die Frage der Übermittlung von Akten mit dem

Kanzleramt grundsätzlich erörtern. Unions-Obfrau Nina Warken zeigte sich zufrieden, dass Schindler gegenüber den Abgeordneten einen Fehler eingestanden habe. Bislang gebe es keinen Verdacht, dass es noch zu anderen Vorkommnissen dieser Art gekommen sei.
Entdeckt worden war die Nichtzustellung der Unterlagen, als bei der Sitzung in der vergangenen Woche ein als Zeuge geladener Mitarbeiter einer BND-Außenstelle aus Dokumenten zitierte, die den Parlamentariern nicht vorlagen. Diese BND-Filiale spielt eine Rolle im Rahmen des Projekts „Glotaic“, bei dem der BND mit Hilfe der deutschen Tochter des US-Providers MCI zwischen 2003 und 2006 in Nordrhein-Westfalen Telefon- und Faxdaten aus der internationalen Telekommunikation abgriff und in Kooperation mit der CIA auswertete.
Flisek berichtete nach dem Gespräch mit Schindler, der BND-Chef habe gegenüber dem Ausschuss nicht nur einen „Weiterleitungsfehler“ eingeräumt. Vielmehr seien diese Papiere, die laut dem SPD-Politiker den Abgeordneten noch immer nicht zugestellt wurden, geprüft und dabei fälschlicherweise als nicht bedeutsam für das Gremium eingestuft worden. Flisek sagte, BND und Regierung hätten dem Ausschuss gleichwohl eine „Vollständigkeitserklärung“ übermittelt. Nun stünden hinter „allen bisherigen Vollständigkeitserklärungen große Fragezeichen“. Schindler habe sich bereit erklärt, alle Vorgänge dieser Art noch einmal einer „Sonderprüfung“ zu unterziehen. Flisek: „Das ist der Preis, den der BND zu zahlen hat.“
Warken begrüßte das vereinbarte Verfahren. Damit sei dieses Problem für die Unionsfraktion „erst einmal vom Tisch“. Notz indes zeigte sich von den Sonderprüfungen nur „mittelmäßig begeistert“, da auf diese Weise die Arbeit des Untersuchungsausschusses weiter verzögert werde. Der jetzige Vorfall reihe sich ein in die generelle Strategie des BND, den Ausschuss auszubremsen, kritisierte der Grünen-Politiker….
Quelle: Deutscher Bundestag

12. **Skandalöse Verzögerung des Spitzel-Verfahrens**
Sieben Betroffene klagen seit 2011 gegen den Einsatz eines verdeckten Ermittlers. Der spioniert unter dem Namen „Simon Brenner“ Studentenkreise aus – um Straftaten vorzubeugen, wie es heißt.
Wer juristisch gegen die Staatsmacht und ihre Organe vorgehen will, braucht vor allem drei Dinge: Einen guten Anwalt, starke Nerven und viel Geduld. Wie viel Geduld, kann man derzeit in Heidelberg erleben: Seit Sommer 2011 klagen sieben Betroffene gegen den Einsatz eines verdeckten Ermittlers des Landeskriminalamts von Baden-Württemberg. Unter dem Tarnnamen „Simon Brenner“ hatte der Polizist 2010 Heidelberger Studentenkreise ausspioniert, die Bespitzelten wollen feststellen lassen, dass der Einsatz rechtswidrig war. Erst jetzt, nach einer wahren Gerichts-Odyssee und

fast vier Jahren, könnte bald der erste Verhandlungstermin anstehen.
Quelle: Hanning Voigts in der FR

13. **ARD-Deutschlandtrend**
Quelle: tagesschau.de

Anmerkung WL: *Bei der Sonntagsfrage bewegt sich nichts, immerhin 41% sind mit der Arbeit der Regierung unzufrieden, noch immer lehnt eine Mehrheit die Maut ab, die Mehrheit für mehr Geld für Rüstung schmilzt, 72% für gesetzliche Impfpflicht, vor allem die unteren Einkommen machen sich Sorgen um ihre Altersvorsorge und immerhin noch eine Mehrheit 49% halten die Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland für richtig.*

14. **Verlorene Bundestagswahl: Steinbrück bezeichnet Kanzlerkandidatur als Fehler**
Warum scheiterte Peer Steinbrück 2013 als Kanzlerkandidat der SPD? Im SPIEGEL nennt er die Kandidatur einen Fehler – und spricht von "Selbsttäuschungen auf drei Feldern". […]
Außerdem hätten er und die SPD gedacht, "wenn es für Mindestlohn, die Gleichstellung von Homosexuellen, ein modernes Staatsbürgerrecht, die Frauenquote und die Mietpreisbremse jeweils einzeln hohe Zustimmungsquoten gebe, dann ließe sich aus der Addition solcher Vorhaben eine parlamentarische Mehrheit schmieden".
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung André Tautenhahn: *Sehr naiv und peinlich: Hätte er mal auf den Griechen Aristoteles gehört: "Das Ganze ist mehr (nicht Mehrheit, Anm. AT) als die Summe seiner Teile." Eine sinnvolle Aufarbeitung der Niederlagen fängt übrigens bei den Ursachen an. Steinbrück und seine Agenda-Genossen, die er offenbar als erfolgreiche Amtsträger verstanden wissen will, gehören dazu. Hier bleibt Steinbrück aber offenbar bei der Selbsttäuschung.*

15. **OECD Bildungsbericht: Geprägte Verhaltensmuster begründen unterschiedliche Leistungen von Jungen und Mädchen**
Deutschland gehört zu den Ländern mit dem größten Geschlechtergefälle in der OECD, wenn Mädchen und Jungen ihre Einstellung der Mathematik gegenüber angeben: Gefragt, ob sie mathematische Aufgaben schnell begreifen, antworten Jungen wesentlich häufiger mit Ja als Mädchen. Andersherum stimmen Mädchen eher der Aussage zu: "Ich bin einfach nicht gut in Mathe" – und das auch dann, wenn sie im PISA-Test genauso erfolgreich abschneiden wie ihre männlichen Alterskameraden.
Der erste OECD-Bildungsbericht mit Fokus auf den Geschlechtern, The ABC of Gender

Equality in Education: Aptitude, Behaviour and Confidence, stellt fest, dass die Einstellung gegenüber Mathematik und Naturwissenschaften, und damit einhergehend auch das Interesse an Karrieren in einem naturwissenschaftlichen oder technischen Feld, sich zwischen Jungen und Mädchen fundamental unterscheidet. Im OECD-Schnitt kann sich weniger als eines von 20 Mädchen im Alter von 15 Jahren vorstellen, später in einem sogenannten MINT-Fach (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) zu arbeiten. Bei den Jungen sind es immerhin 4 von 20. Dieses Ergebnis ist erstaunlich, weil beide Geschlechter im PISA-Test Naturwissenschaften ähnliche Leistungen erbringen. Und es ist problematisch, weil es gerade die MINT-Berufe sind, die zu den bestbezahlten Karrieren führen. Gleichzeitig ist der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen in kaum einem OECD-Land so groß wie in Deutschland.
Auf den ersten Blick scheinen die Ergebnisse des PISA-Tests die Geschlechter-Präferenzen zu bestätigen: In vielen Teilnehmerländern schneiden Jungen bei den mathematischen Aufgaben besser ab, während die Mädchen ihre Altersgenossen beim Lesen in allen Ländern hinter sich lassen. Bei genauerer Betrachtung fällt allerdings auf, dass Mädchen in besonders leistungsstarken Volkswirtschaften in Mathematik mit den Jungen gleichauf sind und weit bessere Ergebnisse erbringen als die Jungen der meisten anderen Länder. Ebenso ist das Leseverständnis der Jungen in diesen, zumeist asiatischen, Ländern höher als das der Mädchen in schwächeren Teilnehmerstaaten. Die Geschlechterdifferenzen begründen sich also nicht durch angeborenes (Un)Vermögen, sondern vielmehr durch eine erworbene Haltung gegenüber der Materie, der Schule, beziehungsweise dem Lernen ganz allgemein…
Quelle 1: OECD
Quelle 2: The ABC of Gender Equality in Education: Aptitude, Behaviour and Confidence

16. **RTL Group Bilanz 2014: Gewinn und Umsatz stagnieren auf hohem Niveau, Deutschland brummt**
Bertelsmanns Cashcow, die RTL Group, meldet sich zum Geld-Rapport. Das Ergebnis für 2014 ist – sagen wir mal – OK. Erlöse und operative Gewinne stagnieren auf hohem Nivau. 2014 machte die RTL 5,808 Mrd. Euro Umsatz (Vorjahr: 5,824). Der operative Gewinn (EBITA) lag bei 1,145 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,148). Als Zugpferd der Bilanz erwies sich einmal mehr RTL Deutschland.
Die Mediengruppe RTL Deutschland erzielte 2014 sogar ihr bislang bestes Ergebnis: Der operative Gewinn (EBITA) stieg um 5 Prozent auf 650 Millionen Euro (2013: 619 Millionen Euro).
Quelle: MEEDIA

Anmerkung WL: *Der Kommerzsender RTL ist also die „Cashcow“ des Bertelsmannkonzerns, der wiederum zu drei Vierteln der Bertelsmann Stiftung gehört. Die Bertelsmann Stiftung hat sich mit ihrem schulpolitischen Engagement, also etwa für „soziales und persönliches Lernen“, für Inklusion oder für mehr Bildungsgerechtigkeit ein positives Image sogar bei vielen bildungspolitisch Engagierten erworben. Das bildungspolitische Engagement der Bertelsmann Stiftung ist aber schon deshalb unglaubwürdig, weil der Löwenanteil des Gewinns der an die Stiftung geht von einem Schmuddel-Sender kommt, dessen Einschaltquoten sich überwiegend aus seichter Unterhaltung, vor allem aber aus täglichen sog. Doku-Soaps besteht in denen Kindern und Jugendlichen eher asoziales Verhalten täglich vor Augen geführt wird. Durch verdummenden Fernsehkonsum der RTL-Programme werden junge Menschen vom von der Bertelsmann Stiftung angeblich angestrebten „persönlichen und sozialen Lernen“ gezielt abgehalten.*

17. **FAZ-Aderlass geht weiter: Auch FAS-Feuilletonchef Volker Weidermann wechselt zum Spiegel**
Volker Weidermann, 45, Literaturredakteur und Feuilletonchef der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, geht zum Spiegel und wird zum 1. Mai dort als Reporter für das Kulturressort schreiben und die Literaturberichterstattung verantworten. Auch FAZ-Kulturredakteur Nils Minkmar fängt im Mai beim Spiegel an.
Es darf spekuliert werden, ob die prominenten Abwanderungen aus dem FAZ-Feuilleton etwas mit dem neuen Feuilletonherausgeber Jürgen Kaube zu tun haben. Es war der Spiegel, der schrieb, dass Kaubes Berufung im FAZ-Feuilleton für Unruhe sorgt. Kaube ersetzt den verstorbenen, langjährigen FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher.
Quelle: MEEDIA

Anmerkung WL: *Zumal zu Schirrmachers Zeiten galt die FAZ ja als „schwarz,rot,gold“, will sagen schwarz und konservativ im politischen Teil, gold (bzw. gelb) und wirtschaftsliberal im Wirtschaftsteil und rot (linksliberal) im Feuilleton. Die FAZ würde sich den eigenen Ast absägen, wenn sie dieses Spektrum verlöre.*

18. **Rezension „Ökonomie des Müßiggangs“ von Thomas Maritsch, 2014**
Dieses 600-Seiten Buch eines bisher unbekannten Autors untersucht den wahnwitzigen Anspruch der gegenwärtigen Ökonomie, für alle sozialen, psychischen, kulturellen und materiellen menschlichen Prozesse eindeutige Erklärungen (und auch Leitplanken dafür, was akzeptabel und nicht akzeptabel ist) zu bieten. Dieser Alleinstellungsanspruch der Wirtschaft auf Erklärungshoheit wird zurückgewiesen und zu diesem Zweck werden zahlreiche unterschiedliche Argumentationslinien

herangezogen: psychologische, soziale, historische, ökologische, religionsphilosophische, ethisch-moralische. Maritsch erreicht durch diese Vielzahl an Perspektiven, dass die „Sozio- und Psychopathologie“ der Ökonomie (siehe Untertitel) besonders deutlich und eindringlich wird und interpretiert Wirtschaft auf diese Weise als eine Art Pseudo-Religion. Darüber präsentiert M. eine Reihe von Anregungen, wie man Ökonomie auch auf andere als die aktuell machtbasierte Art organisieren könnte.…
Quelle: Rezensent Klaus M. Wilmes [PDF]

19. **DGB-Frauen: Aufruf zum Internationalen Frauentag am 8. März 2015**
Der Internationale Frauentag steht in diesem Jahr ganz im Zeichen des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Die Einführung der Lohnuntergrenze von 8,50 Euro bringt jeder vierten Frau eine Lohnerhöhung – denn es sind in Deutschland immer noch vor allem Frauen, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Der Mindestlohn verbessert die Chancen auf eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen und ist ein guter Anfang für mehr Gleichstellung. Aber das reicht noch nicht aus. Für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben fordern die Gewerkschaften ein Entgeltgleichheitsgesetz, einen Rechtsanspruch auf die Rückkehr in Vollzeitarbeit, faire Aufstiegschancen und den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Pflegebedürftige.
Quelle: DGB

Hinweis: *„Der Internationale Frauentag – auch Weltfrauentag genannt – wird inzwischen stets am 8. März gefeiert und ist für Frauen auf der ganzen Welt ein wichtiges Datum. In einigen Ländern ist er sogar gesetzlicher Feiertag.*
“Heraus mit dem Frauenwahlrecht!” war die Hauptforderung der “Mütter” des Internationalen Frauentags. Auch wenn diese Zielsetzung inzwischen erreicht wurde, so ist die Gleichstellung der Geschlechter dennoch weder in Deutschland noch im Rest der Welt eine Realität.
Der Internationale Frauentag hat seine Wichtigkeit daher nicht verloren und wird weiterhin jährlich begangen.
Frauen auf der ganzen Welt machen am 8. März mit Veranstaltungen, Feiern und Demonstrationen auf noch immer nicht verwirklichte Frauenrechte aufmerksam.
Den internationalen Charakter unterstützt auch die Tatsache, dass die Vereinten Nationen an die Tradition des Internationalen Frauentags angeknüpft haben. 1977 rief die UN-Generalversammlung in einer Resolution einen Tag im Jahr zum „Tag für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ aus. Die jährlich stattfindenden Veranstaltungen stehen seither unter wechselnden Schwerpunktthemen von länderübergreifender Relevanz.

2015 lautet das Motto der Vereinten Nationen zum Internationalen Frauentag: „Make It Happen" (Lassen Sie es geschehen). In Deutschland lautet das Motto auch in diesem Jahr "Heute für morgen Zeichen setzen!".
Deutschland gehört zum kleinen Kreis derjenigen Länder, in denen der Internationale Frauentag von 1911 an gefeiert wurde. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Sozialdemokratinnen Clara Zetkin und Käte Duncker, die mitgewirkt hatten, den Weltfrauentag offiziell ins Leben zu rufen." Siehe zur Geschichte auch hier. Siehe auch den Themenabend „Frau sein" am 8. März auf arte.